

## **Über Schulze-Delitzsch** **von Prof. Dr. Rüdiger Safranski**

### **Meine Damen und Herren,**

von Herman Schulze-Delitzsch ist, auf den ersten Blick jedenfalls, nichts sonderlich Aufregendes zu berichten, wie etwa von seinem berühmten Gegenspieler Ferdinand Lassalle, dem Begründer des ADAV (Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins)-einem Vorläufer der SPD. Kein intellektuelles Wunderkind, kein hinreißender Redner, kein berühmter Schriftsteller, kein Salonlöwe und Liebling der Frauen und auch kein Ende im Duell wegen einer amourösen Verwicklung. Lassalle nannte seinen Gegenspieler einen „Bourgeois“. Es war niemand geringeres als Theodor Heuss, der 1948 in seiner Gedenkrede auf Schulze-Delitzsch diesen gegen Lassalle in Schutz nahm. Schulze-Delitzsch, erklärte Heuss, war kein „Bourgeois“, sondern ein „Bürger“ - im besten, im liberalen Sinne des Wortes.

„Liberal“ ist inzwischen ein Allerweltswort. Man denkt sich kaum mehr etwas dabei. Doch am Beispiel von Schulze-Delitzsch läßt sich erkennen, wieviel lebendiges Erbe noch im Liberalismus steckt.

Zunächst einige biographische Hinweise auf ein Leben, das doch aufregender ist, als es auf den ersten Blick erscheint.

Herman Schulze entstammt einer Familie, in der das Amt des Patrimonialrichters fast erblich war. Schon der Großvater hatte es bekleidet in dem kleinen Ort Delitzsch (Nähe Leipzig) und Herman übernimmt es dort, nach Abschluß seiner juristischen Ausbildung, von seinem Vater. Er hat von Amts wegen mit den Problemen der

kleinen Leute zu tun und erhält Einblick in die schwierige Lage der ländlichen Unterschichten und der von der aufkommenden Industrie bedrohten Handwerker. Bei der großen Mißernte 1846 gründet er ein Hilfskomitee, das rechtzeitig Getreide aufkauft und eine Mühle und Bäckerei betreibt, um in der Not billiges Brot anbieten zu können. Als es andernorts infolge der Hungersnot zu Unruhen und Plünderungen kam, blieb es in Delitzsch ruhig. Man braucht eben kein Militär, erklärte Schulze, wenn man vernünftige Vorsorge trifft. Schulze war nun über seinen Kreis hinaus bekannt geworden. Und darum bittet man ihn im Revolutionsjahr 1848, für die preußische Nationalversammlung zu kandidieren. Er wird gewählt. Um sich von den vielen anderen Schulzes im Parlament zu unterscheiden, nennt er sich nun Schulze-Delitzsch. Er schließt sich dem ‚linken‘ Zentrum an und wirkt in der Kommission für Handel und Gewerbe, wo er sich zu einem entschiedenen Verfechter der Gewerbefreiheit entwickelt. Als die preußische Regierung am Ende des Jahres, mit dem Abebben der revolutionären Welle, das Parlament aus Berlin nach Brandenburg vertreibt, gehört Schulze-Delitzsch zu den Abgeordneten, welche zum Steuerstreik auffordern, solange das gewählte Parlament in seiner Vereinigungsfreiheit in Berlin behindert wird. Der Antrag wurde angenommen, kurz bevor das Militär das Parlament auflöste.

Das alles hatte drastische Folgen für das berufliche Leben von Schulze-Delitzsch. Die preußische Justizbehörde rächte sich. Sie gab ihm nach der Auflösung der Patrimonialgerichtsbarkeit im Zuge der Rechtsreform kein ordentliches Amt mehr und als er dem Staatsdienst entsagte, verwehrte man ihm die Zulassung als Rechtsanwalt; sodaß er nur als Hilfskraft, als „Winkelkonsulent“ wie er sich selbst bezeichnete, arbeiten konnte.

Während er von oben schikaniert wurde, erwarb er sich in der Öffentlichkeit Ansehen, als er bei dem gegen ihn und andere Abgeordnete angestregten Prozeß wegen „Aufforderung zum Aufruhr“ durch eine glänzende Verteidigung für sich und die anderen einen Freispruch erwirkte.

Der in seiner beruflichen Arbeit so behinderte „Winkelkonsulent“ begann nun, sich intensiv um die Lebens- und Berufsbedingungen seiner unbegüterten Mitbürger zu kümmern. Da sollte nicht nur, wie zuvor, ein akuter Notstand gelindert werden, sondern da ging es darum, die gedrückte und unsichere Lage der Handwerker und Arbeiter im beginnenden kapitalistischen Industriezeitalter auf Dauer zu heben und zu bessern. Schulze-Delitzsch fand sein Lebensthema: die Genossenschaftsidee. Natürlich hat er sie nicht erfunden. Sie lag um 1848 in der Luft. Bei der Grundrechtsdebatte des Paulskirchenparlaments hatte Georg Beseler das neue Zauberwort schon einmal genannt: „die Genossenschaft ist es, aus der wir den Schutz der Arbeit in freier Selbstbeschränkung werden hervorgehen sehen....Das ist der Assoziations-Geist der Deutschen, das ist das alte Institut, welches das deutsche Mittelalter begeistert und frei gemacht hat, welches geknechtet war, als Deutschland sank, und welches sich in seiner Macht zeigen wird in einem einigen und freien Deutschland“. Man bemerkt: Die ursprüngliche Genossenschaftsidee enthielt noch romantische und auch nationale Reminiszenzen, doch bereits angewendet auf die moderne Welt der emporkommenden Industrie.

Von dieser Idee angeregt suchte Schulze-Delitzsch auf dem Boden des Kapitalismus, und nicht gegen ihn, nach Gemeinschaftsformen der wechselseitigen Hilfe beim Konsum, bei Kranken- und Unfallvorsorge, beim Bezug von

Rohstoffen, Werkzeugen und Maschinen, bei Krediten. Sein ehrgeiziges Ziel und die für ihn höchste Form der Selbsthilfe aber war die genossenschaftliche Produktion. Mit ihr hatte er, wie wir wissen, nur beschränkten Erfolg. Die Konsumvereine und vor allem die Kreditvereine, die man schon damals „Volksbanken“ nannte, aber florierten und florieren hoffentlich auch noch in Zukunft.

Nach 1862 war S-D wieder Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und wirkte dort maßgeblich mit bei der Ausarbeitung des Genossenschaftsgesetzes, durch das die Genossenschaften als juristische Person anerkannt wurde und damit die volle Rechtsfähigkeit erhielt. Die Genossenschaftstypen, denen S-D. zum Durchbruch verhalf, beruhen auf dem Prinzip der rigorosen Unabhängigkeit, d.h.: Ablehnung von staatlicher Unterstützung. Solidarische Selbsthilfe und Eigenverantwortung auf dem Boden des Kapitalismus– das ist der Kern des Konzeptes von S-D. Und mit dieser Idee kämpft er um Einfluß auf die entstehende Arbeiterbewegung.

S-D. war ein sozial engagierter Liberaler, aber ein Gegner des Sozialismus. Es lohnt sich den weltanschaulichen Hintergrund dieses Gegensatzes, der durchaus nicht von der Tagesordnung verschwunden ist, auszuleuchten.

In den Monaten vor Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Anfang 1863) hält S-D, um auf die von Lassalle dominierte Entwicklung einzuwirken, seine Vorträge vor dem Berliner Arbeiterverein. Er nennt sie „Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus“. Er wirbt darin nicht nur für seine genossenschaftlichen Ideen, sondern verteidigt- gegen Lassalle gerichtet – ausdrücklich die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Der Kapitalismus, erklärt er, ist die produktive Wirtschaftsform der

Zukunft. Sie basiert auf Eigeninitiative, die durch Konkurrenz und Markt erfindungsreich wird; das Kapital entwickelt aus eigenem Profitinteressen die Tendenz, die Arbeit produktiver zu machen und befördert dadurch die technische Entwicklung. Als entscheidende Merkmale gelten also: Eigeninteresse, Markt, technische Entwicklung. Jedes Monopol ist hierbei schädlich, besonders das staatliche. Man hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Erfahrungen gemacht mit dem sozialistischen Experiment bei der 48er Revolution in Frankreich: die staatlichen Produktionswerkstätten mußten sehr bald wieder geschlossen werden, weil sie nicht am Markt orientiert waren, keine Produktivitätssteigerung und deshalb auch keine Kapitalakkumulation erbrachten. Diese Produktionsstätten degenerierten schließlich zu Einrichtungen der Sozialfürsorge.

Auf diese negativen Erfahrungen weist Schulze-Delitzsch hin und begründet so seinen Grundsatz, daß nur die kapitalistische Wirtschaftsform erfolgreich sein kann. Er befindet sich dabei übrigens in Übereinstimmung mit Marx und Engels, die ebenfalls ein Loblied auf die Produktivität des Kapitalismus anstimmen. Ihre Doktrin lautet: der Kapitalismus muß erst noch sein Potential entwickeln – und dieses ist gewaltig – und erst wenn er an seine innere Grenze stößt, kann es zum sozialistischen Umsturz kommen. Bis dahin aber soll man den Kapitalismus gewähren lassen. Ihre Losung lautet: Vorwärts durch den Kapitalismus hindurch zum Sozialismus. Auf dem Wege dahin aber muß man dieses Wirtschaftssystem für seine Dynamik geradezu bewundern. Im „Kommunistischen Manifest“ finden wir einen Hymnus auf die umwälzende Kraft des Kapitalismus. „Die Bourgeoisie“ heißt es dort, „hat massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte

geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen“. Marx und Engels fassen auch die Zukunft des Weltmarktes ins Auge. Das Kapital, erklären sie, spannt seine weltumspannenden Netze und entbindet überall industrielle Energien. Die innere Grenze, der innere Widerspruch des Kapitalismus aber ist, so Marx, die Verelendung des Proletariats. Die Arbeiter, schreibt Marx, sind „Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt“.

Dem würde Schulze-Delitzsch sogar zustimmen, aber er zieht eine andere Konsequenz daraus: Gewiß, die Arbeitskraft wird vom Kapital wie eine Ware gekauft, aber gerade deshalb, so Schulze-Delitzsch, kommt alles darauf an, daß die Qualität dieser Arbeitskraft gesteigert wird, um besser verkauft werden zu können. Also bereits in der Frühphase der Industrialisierung wirbt Schulze-Delitzsch für eine Qualifizierungsoffensive. Neben der **Genossenschaftsidee** ist die **Arbeiterbildung** sein Hauptanliegen.

So also will Schulze-Delitzsch das Arbeiterproblem auf dem Boden des Kapitalismus lösen: Das Genossenschaftswesen beruht auf der Idee, daß, wenn der unternehmerische Geist die große Triebkraft darstellt, muß man eben auch die Elite der Arbeiter und Handwerker zu Unternehmern machen, sie jedenfalls mit unternehmerischen Geist erfüllen. Und wer nicht den Sprung in die Selbstständigkeit schafft, dem sollten Hilfestellungen zur Qualifizierung gegeben werden. An diesem Punkt fordert auch Schulze-Delitzsch Staatshilfe, nämlich in der Form des umfassenden Ausbau des Bildungswesens.

Das Konzept des liberalen Schulze Delitzsch ist im Kern nichts anderes als eine Anwendung des humboldtschen Idee von der freien Persönlichkeitsentwicklung auf die Industriekultur.

Wilhelm von Humboldt hatte Anfang des Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt des Deutschen Idealismus, erklärt, es komme darauf an, den Menschen von staatlicher Bevormundung zu befreien und ihm Raum zu geben für eigene Initiativen zur Entwicklung seiner Persönlichkeit. Es kommt darauf an, erklärt Humboldt 1791, die „selbstthätigen Kräfte der Freiheit“ zu wecken. Dieses idealistische Pathos lebt fort bei dem nüchternen, zumeist ganz unpathetischen S-D, wenn er in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse das hohe Lied der Selbsthilfe und der Bildung von „geistigem Capital“ anstimmt. „Je höher also der Antheil ist, den sich ein Mensch von dem großen geistigen Gesamtcapital der Menschheit an Kenntnissen, Erfahrungen und Sittigung erringt...auf einen desto größern Antheil am sachlichen, am materiellen Capital hat er für seine Person Aussicht.“

S-D. hat noch den Prozeß vor Augen, wie ehemalige selbstständige Handwerker zu Industriearbeiter herabsanken, und er will mitwirken, daß wenigstens ein Teil von ihnen wieder Selbstständigkeit zurückgewinnen und die übrigen in die Lage versetzt werden, sich durch bessere Qualifizierung besser verkaufen zu können.

Schulze-Delitzsch ist auch darin ein typischer Liberaler seiner Zeit, daß er großes Vertrauen setzt in die Allgemeinwohldienlichkeit des kapitalistischen Marktes.

Lassen Sie mich einen Augenblick verweilen bei diesem Allerheiligsten der wirtschaftsliberalen Ideen. Welches sind die

Grundlagen für dieses liberale Vertrauen in den ökonomischen Mechanismus?

Hier stoßen wir auf das **liberale Paradox**, das vor allem Adam Smith so überzeugend und wirkungsmächtig formuliert hat. Der Kapitalismus zeigt, so Adam Smith, daß die konsequente Verfolgung des Eigeninteresses im Rahmen von Wettbewerb und Markt im Ergebnis automatisch das Allgemeinwohl zustande bringt. Er nennt das die „unsichtbare Hand“ des Marktes, Hegel nennt es die „List der Vernunft“, die sich hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzt.

Egoismus, Bereicherungstrieb, der Wunsch, den anderen zu übertrumpfen und auszustechen – galt lange Zeit eigentlich als Untugend, als Laster. Und darum erklärt Adam Smith ausdrücklich, daß was sonst als „Laster“ gilt, in diesem Fall durchaus als nützlich für das Allgemeinwohl wirken kann. Das nenne ich also das liberale Paradox – wie aus Schlechtem (Egoismus) Gutes wird -, das allerdings eine noch längere Vorgeschichte hat. Denn schon seit Mandevilles berühmter „Bienenfabel“ vom Anfang des 18. Jahrhunderts hat das liberale Denken offen verkündet: aus „privaten Lastern“ können „gesellschaftliche Vorteile“ erwachsen, die Gewinnsucht zum Beispiel befördert die Produktion, die Verschwendung den Konsum. Ein Echo dieses liberalen Paradoxes vom Guten des Bösen finden wir übrigens auch in Goethes „Faust“ dort, wo Mephisto auf die Frage, wer er sei, antwortet: „Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

Dieses Denken ist stolz auf seinen Realismus. Es nimmt den Menschen wie er ist, eigensüchtig, gewinnstrebend, konkurrenzhaft; das mag moralisch fragwürdig sein, aber versetzt man ihn in die



richtige Konstellation – Markt, Wettbewerb – so kann sich etwas Gutes daraus entwickeln. Man braucht nicht auf den sittlich veredelten Menschen warten, man kann schon vorher etwas für die Gesellschaft und das allgemeine Wohl Produktives mit ihm anfangen. Mit anderen Worten: Für den Liberalismus steckt das Gute nicht so sehr im einzelnen Menschen, sondern in der Logik des Systems. Diesen liberalen Grundgedanken formulierte dann auch der große Kant: „Die Mensch“, schreibt er, „gutartig wie die Schafe die sie weiden, würden ihrem Dasein kaum einen größeren Wert verschaffen, als dieses ihr Hausvieh hat....Dank sei also der Natur für die Unvertragsamkeit, für die mißgünstig wetteifernde Eitelkeit, für die nicht zu befriedigende Begierde zum Haben, oder auch zum herrschen. Ohne sie würden alle vortrefflichen Anlagen in der Menschheit ewig unterentwickelt schlummern. Der Mensch will Eintracht; aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht.“ Was Kant „Zwietracht“ nennt ist nichts anderes als das belebende Prinzip von Eigeninteresse und Konkurrenz.. Der liberale Grundgedanken lauten also: der Mensch ist moralisch gesehen aus „krummem Holz“, aber auch daraus läßt sich etwas machen: wir konkurrieren uns empor!

Wie sehr Schulze-Delitzsch in dieser Tradition steht, zeigt sich besonders dort, wo er ausdrücklich das moralische Prinzip der „Brüderlichkeit“ für das Wirtschaftsleben zurückweist. Im Erwerbsleben, erklärt er, gilt das Tauschprinzip: „Leistung gegen Leistung“. „Brüderlichkeit“, sagt er weiter, zündet in den Herzen, „aber als Wirtschaftsprinzip können wir die Brüderlichkeit unmöglich aufstellen.“. Auch das Genossenschaftswesen hat in seinen Augen nur hilfswise mit Brüderlichkeit und Nächstenliebe

zu tun, in der Hauptsache aber mit ökonomischem Kalkül und marktgerechtem Verhalten. Doch, so seine Überzeugung, kann man auch hier auf das liberale Paradox vertrauen: die Genossenschaft muß als Kollektiv egoistisch sein und wenn es dadurch erfolgreich ist, wird es schließlich auch dem Allgemeinwohl dienen.

Schulze-Delitzsch ist auch darin ein Liberaler, daß er der Vorstellung mißtraut, es ließe sich die Geschichte und der Fortschritt planmäßig entwickeln. Für den Liberalen gibt es keine Super-Vernunft, die alles zum Guten lenken kann, sondern nur die vielen konkurrierenden Einzel-Vernünftigkeiten, die, wenn man sie läßt, insgesamt eine positive Entwicklung zustande bringen können. Das ist außerordentlich bedeutsam: für das liberale Denken ist der Mensch nicht Herr der Geschichte, die Ergebnisse seines Handelns werden immer anders sein als seine Absichten, einfach deshalb, weil sie sich mit den vielen anderen Handlungen kreuzen, woraus immer etwas entsteht, was so keiner beabsichtigt hat. Dem trägt das liberale Denken Rechnung im Gegensatz zu einem Denken, das sich zum Herrn der Geschichte aufwirft. Für den Liberalen gilt der Grundsatz: wir beherrschen nicht die Geschichte insgesamt, wir verfolgen nur unsere Geschichten, die sich auf dem Markt der Ökonomie und den Marktplätzen der Politik abspielen.

Dem Markt und dem Wettbewerb traute Schulze-Delitzsch viel Segensreiches zu, das haben wir schon gesehen. Aber wir wissen inzwischen auch: Der Markt allein hätte die sozialen Errungenschaften, die wir alle genießen, nicht zustande gebracht. Wenn, wie S-D erklärt, „Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben keinen Platz hat“, muß sie eben von anderswoher kommen. Woher? Woher kommt die Brüderlichkeit oder sagen wir besser: die Allgemeinwohldienlichkeit? Wohl doch auch aus der Politik. Das

wird einem sofort klar, wenn man sich nur die einfache Tatsache vor Augen hält, daß noch der schlichteste Tauschakt als gerechter Tausch nur funktioniert, wenn er von externen Gewaltverhältnissen, also erpresserischen Bedingungen, frei gehalten wird. Das aber leistet nicht die Ökonomie allein, sondern nur in Verbindung mit Recht und Gesetz und notfalls legitimer Gewalt, also Politik. Sie sichert den Raum, in dem Geschäfte funktionieren. (Und vergessen wir nicht: Politik war auch bei der Ausbreitung des Weltmarktes im 19. Jahrhundert im Spiel: die neuen Absatzmärkte wurden zuerst nicht durch Waren sondern durch Waffen erobert.)

Der sogenannte „reine“ Markt war also immer nur ein Phantom, in Wirklichkeit ging es immer auch um die schwierige Balance zwischen Politik und Wirtschaft. Sozialen Errungenschaften hat nicht einfach der Markt hervorgebracht, sondern mußten von der Arbeiterbewegung politisch erkämpft werden. Und es war die politische Systemkonkurrenz in den Zeiten des Kalten Krieges, die in Deutschland den reinen Kapitalismus zum rheinischen Kapitalismus haben werden lassen.

Wenn man nicht allein dem Markt vertraut, kann man sich auf ein anderes Element der liberalen Tradition, die ja für Schulze-Delitzsch so maßgeblich war, berufen. Nämlich das Prinzip der Gewaltenteilung. Ich meine nun nicht die geläufige Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Judikative. Man vergißt darüber leicht, daß dieses liberale Prinzip noch eine umfassendere Bedeutung hat. Gewaltenteilung ist nichts anderes als geregelte Machtkonkurrenz, um zu verhindern, daß eine Macht ein Monopol erringt. Da Macht immer mißbraucht werden kann, muß sie aufgeteilt werden, so wie zur Öffnung eines Tresors oder zur Auslösung eines Waffensystems mehrere Schlüssel, auf

verschiedene Personen und Institutionen verteilt, erforderlich sind. Unnachahmlich ist das solcher Gewaltenteilung zugrundeliegende produktive Mißtrauen formuliert in den „Federal Papers“, dem Gründungsdokument der amerikanischen Verfassung: „Es mag ein Ausdruck des Mangels der menschlichen Natur sein, daß solche Kniffe notwendig sein sollen...Wenn die Menschen Engel wären, wären sie nicht notwendig“. Und dieses liberale Prinzip der Gewaltenteilung läßt sich auch auf das Verhältnis von Wirtschaft und Politik anwenden. Liberalismus, der sich allein auf den Ökonomismus des Marktes verengt, würde gegen sein eigenes Prinzip der Konkurrenz verstoßen. Man kann diese Konkurrenz und damit die freiheitsförderliche Machtbalance zerstören, indem man entweder die Politik oder die Ökonomie allmächtig werden läßt. Die Marxisten wollten den Markt abschaffen und die Alleinherrschaft der Politik, die Ökonomen, die radikalen Wirtschaftsliberalen also, wollen die Politik abschaffen und die Alleinherrschaft des Marktes. Beides ist ruinös. Das Desaster des realen Sozialismus ist bekannt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat aber auch gezeigt, daß Märkte mit ihren Krisenzyklen katastrophale Folgen haben können. Die Weltwirtschaftskrise war eine der Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Der Markt allein gewährt also keine Stabilität. Das zeigt sich übrigens auch in der aktuellen Bankenkrise. Jetzt erleben wir, wie diejenigen, die früher radikale Deregulierung der Finanzmärkte forderten, sich vom Staat und den Steuerzahlern heraushauen lassen. Es ist das übliche Spiel: Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste.

Allerdings sollte man nicht vergessen, daß es zuvor auf den Finanzmärkten noch eine ganz andere Art der verhängnisvollen

Deregulierung gegeben hat. Es war nämlich die Politik, die ein wichtiges Prinzip der Selbstregulierung der Märkte, nämlich das Prinzip der Bonität, außer Kraft gesetzt hat. Wie kamen die Finanzinstitute dazu, so außerordentlich riskante Kredite zu vergeben? Wie kamen sie dazu, sich ganz und gar nicht marktgerecht zu verhalten? Die Antwort: sie sind dazu angestachelt worden durch die Rahmenbedingungen, die von der US-Regierung geschaffen wurden. Es war nicht nur ein Marktversagen, sondern ganz eindeutig auch ein Staatsversagen, wenn die amerikanische Notenbank die Volkswirtschaft immerzu mit Geld geflutet hat und es ein erklärtes Ziel war, jedem Amerikaner, ganz gleich wie es um ihn finanziell bestellt war, sein Häuschen zu finanzieren. Die spekulative Gier, über die man jetzt klagt, wurde erst entfesselt durch eine Politik der Entlastung von Marktrisiken. Die Marktrisiken sind die marktinterne Bremsen. Sie wurden von der Politik außer Kraft gesetzt. Kurz: die Marktkräfte wären von sich aus wohl nicht so wahnsinnig geworden, wenn sie nicht politisch dazu ermuntert worden wären. Am Ende bringt es der Markt dann doch an den Tag – wie faul die Kredite waren, die in ihm zirkulierten. Das Kreditsystem ist bekanntlich das Glaubenssystem der Ökonomie. Hier aber findet, anderes als in dem anderen Glaubenssystem der Religion, das Weltgericht nicht erst am jüngsten Tag statt, sondern unverzüglich, schon jetzt also.

Es ist jedenfalls eine Lehre aus den vergangenen und gegenwärtigen Katastrophen der Märkte, daß die Kunst darin besteht, die richtige Balance im Gewaltenteilungsverhältnis zwischen Ökonomie und Politik zu finden. Um die Herstellung dieser Balance muß gestritten werden – das ist ebenfalls in einer Art Wettbewerb, diesmal zwischen Ökonomie und Politik.

Zum Schluß eine kurze Bemerkung zur jüngeren Geschichte dieses Streites um die Herstellung der richtigen Balance.

Wenn „Neoliberalismus“ heute zu Recht eine eher schlechte Presse hat – als Übergewicht der Ökonomie über die Politik –, so darf man doch nicht vergessen, daß er zum Programm gemacht wurde in dem historischen Augenblick eines dramatischen Übergewichts totalitärer Politik. „Neoliberal“ nämlich nannte sich 1938 jener informelle internationale Elitezirkel um Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Raymond Aron, Friedrich von Hayek, Karl Popper, der 1938 im noch freien Paris zusammenkam. Man formulierte dort die Grundpfeiler einer „Verfassung der Freiheit“, die basieren sollte auf Rechtsstaat, Eigentumsordnung, Wettbewerb, freien Handel. Der Staat sollte stark genug sein, um den Einfluß einzelner Gruppen zurückzudrängen und den Ordnungsrahmen sichern. Darüber hinaus aber sollte er sich nicht in das Leben der Bürger einmischen oder es gar zu bestimmen versuchen. Doch es war zu spät dafür. Es triumphierte in Mitteleuropa der Totalitarismus.

Nach 1945 war besonders in Deutschland schwierige Überzeugungsarbeit zu leisten. Zwölf Jahre Staatsterror konnten die Sehnsucht nach dem guten Vater Staat nicht austreiben. Das war so, als Ludwig Ehrhard nach 1945 die Marktwirtschaft neu organisierte. Er war wirklich im guten Sinne ein wirtschaftsliberaler Enthusiast. Er hatte schon 1944 mit hohem persönlichen Risiko eine Denkschrift zur Nachkriegsordnung an Gleichgesinnte verteilt, sogar in eine Eisenbahnabteil, wie Theodor Eschenburg berichtet, der sich über den unbekümmerten Mut dieses jungen Gelehrten wunderte. In dieser Denkschrift, die dann zu Ehrhards Masterplan wurde, heißt es: „Das erstrebenswerte Ziel bleibt in jedem Fall die

freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft“. Der Erfolg des „Wirtschaftswunders“ gab Erhard zunächst recht, aber er ließ auch die Begehrlichkeiten wachsen. Es begann der Weg in den von Erhard skeptisch beurteilten Wohlfahrtsstaat. Nicht, daß er sich über „Wohlfahrt“ nicht gefreut hätte, aber er verurteilte die Gewöhnung an das Trugbild, als könne der Staat flächendeckend die Angleichung der Lebensverhältnisse garantieren und die Konjunktur umfassend steuern. Der alte Traum einer Planwirtschaft ist offenbar auch in einer freien Gesellschaft noch nicht ausgeträumt. Er ist auch einfach zu verführerisch, weil er Sicherheit über jedes vernünftige Maß hinaus zu geben verspricht. Wenn wir inzwischen bei einer Staatsquote von 43 Prozent, bei einer Abgabenquote von über 40 Prozent liegen und mancherorts die Hälfte der Wähler von staatlichen Transferleistungen lebt, kommen nicht nur bei eingefleischten Wirtschaftsliberalen Bedenken auf, ob die Balance zwischen Wirtschaft und Politik noch gewahrt ist.

Es gibt jedenfalls wieder Anlaß, über die alten und immer neuen Fragen nachzudenken. Ist der Mensch, wie es Wilhelm von Humboldt gesehen hat, dann am stärksten, wenn er in Freiheit seine Kräfte entwickeln kann? Soll man also vom Staat nur Hilfe zur Selbsthilfe erwarten – oder ist der Mensch primär hilflos und von seiner Freiheit überfordert und bedarf deshalb in der Regel rundum der staatlichen Fürsorge. Setzt man bei der Freiheit an oder ist Freiheit ein Luxusprodukt, das dazu kommen kann, wenn für alles übrige gesorgt ist?

Hören wir noch einmal zum Schluß Schulze-Delitzsch. Kurz vor seinem Tode 1883 formulierte er in seinen Aufzeichnungen die scharfe Antithese: „Der Staat in den Händen der Arbeiter, dies die

alte Forderung der Sozialdemokratie; die Arbeiter in den Händen des Staates, dies das Ziel, welchem die Sozialpolitiker immer entschiedener zustreben...“

Dem Liberalen Schulze-Delitzsch war die sozialpolitische Verstaatlichung des Individuums ein Graus. Und darum suchte er nach anderen Wegen, die Kräfte der Freiheit zu entbinden, unternehmerischen Geist zu entfachen, Wille zur Selbsthilfe und Streben nach Bildung zu stärken. Das sind immer noch gute Ideen, an die zu erinnern sich lohnt.